

Einladung

Mitglieder des Hauptausschusses

Ministerin und Chefin der Staatskanzlei

nachrichtlich: Direktor des Landtages
 Geschäftsstellen der Fraktionen
 Präsident des Landesrechnungshofes
 Landesbeauftragte für den Datenschutz und
 für das Recht auf Akteneinsicht
 Beauftragte des Landes Brandenburg zur
 Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
 Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden
 Kabinettsreferate aller Ministerien

**49. (teilweise öffentliche) Sitzung
des Hauptausschusses
Mittwoch, den 3. Mai 2023
11.00 Uhr
Raum 1.070 a/b (Livestream)**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf):

1. Aktuelle Situation beim rbb – öffentlich

Dazu eingeladen: Frau Dr. Vernau, Intendantin des rbb

1.1 Berichte des Rechnungshofes von Berlin zum rbb (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE) – öffentlich

Abschließender Bericht des Rechnungshofs von Berlin nach § 37 Satz 3 des Medienstaatsvertrages - Prüfung des Verfahrens und der Abrechnung von Koproduktionen und Kofinanzierungen beim Rundfunk Berlin-Brandenburg

Abschließender Bericht des Rechnungshofs von Berlin nach § 37 Satz 3 des Medienstaatsvertrages - Prüfung des Nachweises des Anlagevermögens des Rundfunk Berlin-Brandenburg, insbesondere des Sachanlagevermögens der Geschäftsjahre 2017 bis 2019

Bericht der Staatskanzlei

1.2 Vorwürfe gegen Ministerpräsident Woidke und die Staatskanzlei wegen versuchter Einflussnahme auf Journalist*innen und die Berichterstattung des rbb zum Strukturwandel in der Lausitz (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FW) – öffentlich

Bericht/Stellungnahme der Staatskanzlei

2. Anhörung einer/eines von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Kandidatin/Kandidaten für die Parlamentarische Kontrollkommission – öffentlich

(ab 14.00 Uhr)

3. Bericht zur Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg - gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 28. April 2021 (Drucksache 7/3439-B) – öffentlich Bericht der Landesregierung - Drucksache 7/6363 vom 28.09.2022

Abschließende Beratung (Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag)

4. Bericht über den Sachstand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Land Brandenburg 2022 - gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 28. April 2021 (Drucksache 7/3439-B), Bericht der Landesregierung, Drucksache 7/6893 – öffentlich

Abschließende Beratung (Erarbeitung einer Stellungnahme an den Ausschuss für Inneres und Kommunales)

5. Neuwahl einer oder eines Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur gemäß § 5 Absatz 1 Brandenburgisches Aufarbeitungsbeauftragtengesetz - BbGAufarbBG – öffentlich

Beratung (ggf. abschließend)

6. Ehrenamtsstudie Brandenburg des Change Centers (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE) – öffentlich

Bericht der Staatskanzlei

7. Verschiedenes – öffentlich

7.1 Antrag auf Durchführung einer Anhörung mit dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

8. Wahl einer/eines Verfassungsrichterin/Verfassungsrichters gemäß § 91 GOLT – nichtöffentlich

Beratung

gez. Daniel Keller
Vorsitzender

Anlage/n:

Zu TOP 7.1:

7.1.1 Antrag auf Durchführung einer Anhörung mit dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland

Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag beim Sekretariat unter folgenden Kontaktdaten anzumelden:

E-Mail: hauptausschuss@landtag.brandenburg.de

oder

Telefon-Nr.: 0331 966-1168

Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die Sitzung wird im Livestream über die Website www.landtag.brandenburg.de übertragen.

Hauptausschuss
Herrn Vorsitzenden Keller

Im Haus

Potsdam, den 24.4.2023

Antrag

für die Sitzung des Hauptausschusses am 3. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Namens der Fraktion DIE LINKE beantrage ich, den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Sintize sowie Roma und Romnja, Herrn Dr. Mehmet Daimagüler, zur Sitzung des Hauptausschusses am 13. September 2023 einzuladen.

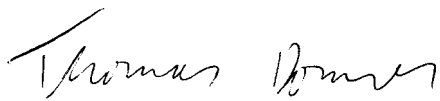
Der Landtag hat im Juni 2022 das Eintreten gegen Antiziganismus als Staatsziel in die Brandenburger Landesverfassung eingefügt und mit breiter Mehrheit den Beschluss „Brandenburg steht in der Pflicht - Antiziganismus konsequent entgegentreten“ gefasst hat. Vor diesem Hintergrund sollte Herr Dr. Daimagüler gebeten werden, in dieser Sitzung zu erläutern, wie seine Sicht auf den Rassismus gegenüber den in der Bundesrepublik lebenden Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma ist, welche Vorstellungen er zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Bekämpfung von Antiziganismus hat (Bund-Länder-Kommission etc.) und welche Erwartungshaltungen er in Bezug auf das Handeln der Bundesländer und speziell des Landes Brandenburg hat.

Begründung:

Die Bundesregierung hat im Dezember 2019 mit breiter Unterstützung aus dem Deutschen Bundestag die Unabhängige Kommission Antiziganismus eingesetzt, die im Frühjahr 2021 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat; in ihm wird ein grundlegender Perspektivwechsel von Gesellschaft und Politik gegenüber den in der Bundesrepublik lebenden allochthonen und autochthonen Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma gefordert. Im Februar 2022 hat die Bundesregierung die Nationale Strategie "Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!" beschlossen. Beide Dokumente sind in Abstimmung mit den Bundesländern entstanden und enthalten zahlreiche Aufgaben, die nur in Zusammenarbeit mit den Ländern (und Kommunen) umsetzbar sind. Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit wurde vom Bundesbeauftragten bei seiner Ernennung im März 2022 unterstrichen und war mittlerweile auch Gegenstand zahlreichen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder.

Mit der Einladung von Herrn Dr. Daimagüler in den Hauptausschuss des Landtages verbindet die antragstellende Fraktion die Erwartung, dass die Mitglieder des Ausschusses daraus nicht nur neue Erkenntnisse zum tatsächlichen Stand des Antiziganismus in Deutschland und zu den Plänen des Bundesbeauftragten für die Bund-Länder-Zusammenarbeit gewinnen können, sondern man gemeinsam auch darüber beraten könnte, welche Maßnahmen in Umsetzung des Staatsziels in der Landesverfassung und des Beschlusses des Landtages vom 23. Juni 2022 angebracht wären.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Thomas Boman in black ink.